



## Pressemitteilung

### EU-RUSSLAND-GIPFEL IN DEN HAAG

#### Klagen in Straßburg können für Tschetschenen tödlich sein

**Kaukasische Menschenrechtsverteidiger nach Klage vor Europäischen Menschenrechtsgerichtshof getötet, verschleppt, sexuell missbraucht / Neuer ai-Bericht nennt Einzelfälle / EU muss Putin bei Gipfel deutlich auf Menschenrechtsverletzungen im Kaukasus ansprechen**

**Berlin, 24. November 2004** - Wer als Tschetschene vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg klagt, muss um sein Leben fürchten – und die EU schweigt. Das kritisiert amnesty international (ai) in einem heute veröffentlichten Bericht, der mit Blick auf den bevorstehenden EU-Russland-Gipfel in Den Haag auch den Staats- und Regierungschefs der EU zugegangen ist. Der ai-Bericht belegt an mehreren Einzelfällen, dass Tschetschenen und Inguschen getötet, gefoltert, sexuell missbraucht oder bedroht wurden, nachdem sie beim EGMR Klage eingereicht hatten. Der EGMR ist eine Einrichtung des Europarats.

Sharfudin Sambiev hatte wegen des "Verschwindenlassens" seines Sohnes Amir Pokaev durch das russische Militär geklagt. Kurz darauf wurde sein anderer Sohn Anzor umgebracht. Die Menschenrechtsaktivistin Luisa Betergiraeva wurde 2001 erschossen. Seitdem wird ihre Familie kontinuierlich bedroht, im Juli dieses Jahres verhafteten russische Truppen den Sohn der Getöteten, Zelimkhan Betergiraev. Er ist seitdem verschwunden. In einem anderen Fall verschwand Yakub Magomadov, nachdem er Klage wegen des "Verschwindens" seines Bruders eingereicht hatte.

"Die EU verspielt ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich nicht öffentlich und unmissverständlich zu diesen Fällen äußert, die direkt eine europäische Institution betreffen", sagte Peter Franck, Russlandexperte der deutschen ai-Sektion. "Wir fordern die EU auf, während des Gipfels bei der russischen Regierung auf eine unabhängige Untersuchung der Fälle zu drängen sowie deutliche Kritik an den Menschenrechtsverletzungen durch russische Sicherheitskräfte in Tschetschenien zu üben."

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats stellte kürzlich fest, dass das fortlaufende Morden und Leiden in Tschetschenien die gemeinsamen Werte des Europarats stark belastet. Russland habe mit Abstand die größten Menschenrechtsprobleme von allen Mitgliedsstaaten des Europarats. Die Parlamentarier riefen die EU-Mitgliedsstaaten auf "nicht tatenlos zuzusehen, wenn Menschen täglich in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken durch terroristische Angriffe, Heckenschützen, Landminen, missbräuchlicher Gewaltanwendung von Sicherheitskräften oder durch das organisierte Verbrechen ums Leben kommen."

Den Bericht "[Russian Federation: The risk of speaking out. Attacks on human rights defenders in the context of the armed conflict in Chechnya](#)" finden Sie unter:

<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGEUR460592004>

Gerne stellen wir Ihnen auch TV-Clips von ai-Interviews mit Menschenrechtsverteidigern aus Tschetschenien und Inguschetien zur rechtfreien Verfügung.

Für Nachfragen und Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an Meike Zoega oder Dawid D. Bartelt, Tel. 030 - 420248-306, mail: [presse@amnesty.de](mailto:presse@amnesty.de).

Zurück Druckversion

amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., 53108 Bonn  
 Telefon: 0228/983 73-0 - Telefax: 0228/63 00 36  
 Spendenkonto: 80 90 100 - BfS Köln - BLZ 370 205 00  
 E-mail: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de)

- home**  
 presse  
 ai-journal
- berichte**  
 länder  
 themen  
 asyl  
 jahresbericht
- mitmachen**  
 urgent actions  
 appellfälle  
 fördern  
 mitglied werden
- kampagnen**
- spenden**
- wir über uns**

